

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 18. September 1925.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 18. September 1925.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr nachmittag die Sitzung. An Stelle des verstorbenen Altbürgermeisters Reumann ist zum erstenmale Gemeinderat Johann Lutz anwesend, der die Angelobung leistet.

Der grösste Teil der Tagesordnung wird ohne Wortmeldung genehmigt. So die Anträge der Gemeinderäte Hiess und Thaller auf Gewährung von Subventionen an den Verein Volksheim, eines unversinslichen Darlehens an den Verein Kinderschützstationen und eines Preises der Stadt Wien für das Motorradrennen des österreichischen Automobilklubs. Ohne Wortmeldung werden Anträge des Vizebürgermeisters Emmerling auf Pachtung einer Leichenbestattungskonzession in Simmering, eines Sachkredites von 150.000 Schilling für die Verglasung der Plattformen von hundert Strassenbahntriebwagen, ein Nachtragskredit von 19.600 Schilling für die Ausgestaltung der zu einer Kraftstellwagengarage umgestalteten Zedlitzmarkthalle, ein Zuschusskredit für die Elektrifizierung der Stadtbahn von rund 388 Schilling, die Verlängerung der Haftung der Gemeinde für den von der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft aufgenommenen Betriebskredit ein Zuschusskredit von rund 94.000 Schilling für den Ausbau des Kraftwerkes Engerthstrasse, Anträge des Gemeinderates Jenschik auf Ankauf eines Lastkraftwagens für die städtische Wäscherei, eines Kredites für bauliche Herstellungen und für Entschädigungen an den früheren Eigentümer des Grundstückes der städtischen Wäscherei, des Gemeinderates Iser auf Herstellung des Otto-Wagnerplatzes, der Paul Hockgasse und eines Teiles der Frankgasse am Alsergrund mit einem Kostenaufwand von 146.000 Schilling und Wasserleitungsbauten auf der Schmelz, Wienerberg und Laaerberg mit einer Ausgabensumme von 1.450.000 Schilling und die Anschaffung von neuen Gartenbänken, der Gemeinderäte Lötsch, Pokorny, Suchanek, Witzmann, Schön auf Grundankäufe und Grundtauschvereinbahrungen in Meidling, Favoriten, Hietzing, Währing, Floridsdorf und Marthausen, des Gemeinderates Schütz auf Festsetzung eines öffentlichen Platzes auf dem unverbauten Grund zwischen Lorenz Mandl-, Zwintz- und Zöchbauergerasse in Ottakring, des Stadtrates Weber auf Errichtung von neuen Wohnhausbauten der Gemeinde in Währing (Kreuzgasse- Paulinengasse), in Pöbling, (Billrothgasse- Lisstauergerasse) und in Hietzing, (Barchettigasse), des Stadtrates Professor Dr. Tandler auf Verzicht auf die Einhebung eines Regiezuachlages bei der Angestelltenkost und Streichung der Anstaltszulage in den städtischen Humanitätsanstalten, auf Gewährung eines Kredites von 133.000 Schilling für die Führung der neueröffneten Kinderübernahmestelle und von Zuschusskrediten für die Krankenpflegeschule der Stadt Wien, des Gemeinderates Weigl auf einen Kredit von 2000 Schilling für den in Liquidation befindlichen Schotterbruch Erelberg, des Gemeinderates Rudolf Müller auf Herstellung von Teilen der Glanzinggasse und der Zuckerhandlgasse in Währing und der Stromstrasse von der Vorgartenstrasse bis zum Handelskai und der Engerthstrasse vom Engelsplatz bis zur Nordbahn, des Gemeinderates Schütz auf Bewilligung eines Zubaus zur Unterstation Sechshaus der städtischen Elektrizi-

tätswerke des Stadtrates Speiser auf Abänderung des Kollektivvertrages der städtischen Leichenbestattung, eines Zuschusskredites von 500.000 Schilling für die Aufwandgebühren und einer Erhöhung der Zölagen für die städtischen Schulwarte, sowie der Errichtung von Direktionen und der Systemisierung von Direktorstellen im Versorgungshaus Lainz und in der Heil- und Pflegeanstalt Ybbs an der Donau, des Stadtrates Breitner auf Ankauf von Aktien der Wiener Baustoffe-Gesellschaft, angenommen.

Vizebürgermeister Emmerling berichtet über Aenderungen ^{nacht} im Autobusverkehr im Sommer 1925. Die drei Teilstrecken Stephansplatz-Reinergasse, Stephansplatz- Rochusgasse und Stephansplatz-Franz-Josefs-Bahn werden während der Sommermonate nicht betrieben. Die Linie Stephansplatz- Silbergasse wird über Porzellangasse-Liechtensteinstrasse- Nussdorferstrasse geführt. Endlich wird der Tarif im Autobusnachtverkehr für eine Teilstrecke auf 40 Groschen und für zwei Teilstrecken auf 80 Groschen ermässigt.

G.R. Scholz (Chr. soz.) findet es unerklärlich, dass während des Hochsommers der Nachtverkehr auf den genannten Linien restringiert wird. Der Autobus ist keine kapitalistische Unternehmung, sondern eine Wohlfahrtseinrichtung. In unserer City gibt es eine grosse Anzahl von Betrieben, deren Angestellte spät nachts nach ihren Wohnstätten fahren wollen und ^{durch} die Einstellung der Linien schwer benachteiligt werden. Der Redner setzt sich für die Wiedereinführung ein.

Vizebürgermeister Emmerling erklärt, dass sich die Linien als nicht notwendig erwiesen haben und deshalb die Teilstrecken gekürzt werden mussten. Auch darf man das Netz und die Linienführung des Autobus nicht als unabänderlich ansehen, sondern muss es dem Bedürfnissen anpassen.

Vizebürgermeister Emmerling berichtet schliesslich über einen Betriebskredit für die städtischen Strassenbahnen zur Beschaffung von Roh- und Betriebsstoffen im Betrage von 10.000.000 Schilling für das zweite Halbjahr 1925.

G.R. Angermayer (Chr. soz.) ersucht um genauere Daten über die Verwendung dieses Kredites, da die Summe von hundert Milliarden Kronen ausserordentlich hoch erscheint.

Vizebürgermeister Emmerling erklärt, dass ein Teil von Arbeiten, der erst im zweiten Halbjahr hätte durchgeführt werden sollen, schon im ersten Halbjahr ausgeführt wurde. Dies war aus technischen Gründen angebracht. Der Betrag dient keineswegs für Investitionen.

G.R. Grünfeld (Soz. dem.) referiert über den Neubau einer Leichenhalle auf dem Jedleseer-Friedhof im Gesamtkostenbetrag von 32.000 Schilling. Es war schon eine dringende Notwendigkeit eine neue Leichenhalle zu errichten, da die vorhandene den Erfordernissen nicht mehr entspricht. Der Plan kann aber jetzt erst, nach langen Verhandlungen mit den Anrainern zur Ausführung kommen.

G.R. Angermayer (Chr. soz.) bemerkt, dass schon im Voranschlag eine Post von 20.000 Schilling für diesen Bau eingesetzt war und fragt, ob es sich hier um einen Zuschusskredit von 12.000 Schilling handelt, oder ob der Bau 52.000 Schilling kostet.

G.R. Grünfeld (Soz. dem.) erklärt, dass die Aufstellung zu einer Zeit gemacht wurde, wo die langen Verhandlungen über die Erwerbung des Grundes noch nicht beendet waren. Daraus erklärt sich, dass die Kosten höher sind als angenommen wurde.

G.R. Iser (Soz. dem.) berichtet über den Neubau eines Hauptunratkanals in der Pitka- und Lottgasse von der Brünnerstrasse bis zu den Nordbahnhäusern im XXI. Bezirk. Die Kosten sind mit 40.000 Schilling angesetzt.

G.R. Kerner (Chr.doz.) schildert die Grundwasserverhältnisse in der Geatzgasse in Währing und verlangt Abhilfe.

G.R. Iser (Soz.dem.) verweist im Schlusswort darauf, dass im Projekt der Untergrundbahn dort die Trasse geführt werden soll und diese Frage nur im Zusammenhang damit gelöst werden kann.

G.R. Schütz (Soz.dem) berichtet über die Errichtung eines neuen Schaltheuses der städtischen Elektrizitätswerke in Meidling, Eichenstrasse-Wilhelmstrasse. An Stelle des bestehenden Schaltheuses soll dort ein neues mit betoniertem Unterbau, mit Ziegelmauern und einer Eisenbetondecke errichtet werden.

G.R. Scholz (Chr.soz.) betont, dass seit anderthalb Jahren in den verschiedenen Bezirken Störungen im Stromnetz vorkommen. Die letzte, am 8. September, hat besonders dadurch schwer geschadet, dass sie an einem normalen Arbeitstag eintrat. Die arbeitende Bevölkerung musste zu Fuss in die Arbeitsstätten wandern und verlor eine volle Arbeitsstunde. Aber auch der Handels- und Gewerbebestand sowie die Industrie wurden dadurch schwer geschädigt. Bürgermeister Seitz: Es ist auch ein Wunsch der Verwaltung und des Bürgermeisters, einen möglichst ungestörten Betrieb der Elektrizitätswerke zu erreichen. Es ist auch selbstverständlich, daß die Störungen Anlaß gaben, genaue Studien darüber anzuordnen, wie solchen Ereignissen in geeigneter Form begegnet werden könnte. Dies sind aber sehr schwierige technische Fragen, in die ein Laie nicht so ohne weiteres eindringen kann. Jedem von uns erscheint es wohl, daß, wenn die erste Anlage vollkommen ist, eine Störung nicht sofort auch eine Störung des ganzen Netzes und der gesamten Stromversorgung nach sich ziehen darf. Dies ist aber nicht so. Man hat mir eingewendet, daß Störungen dieser Art auch in den anderen Städten vorkommen. Das mag richtig sein, aber man muß trotzdem jede einzelne zum Gegenstand ernster Studien und genauer Prüfungen machen. Daran ist jedes Mitglied des Gemeinderates ohne Unterschied der Partei interessiert. Ich habe es daher für zweckmäßig erachtet, anzuordnen, daß demnächst ein ausführliches Referat von einem Fachmann, vielleicht dem Direktor der Elektrizitätswerke selbst, erstattet werde. Der Gemeinderat wird dann einen besseren Einblick gewinnen. Ich hoffe, daß ich in Kürze den Gemeinderat zu einem instruktiven Vortrag einladen kann, an den sich gegebenenfalls auch eine Debatte anschließen wird.

G.R. Schütz (Soz.dem.) beantragt eine Abänderung der Baulinie für die Marktgasse und Fechtergasse im IX-Bezirk in der Weise, daß die Fechtergasse zwischen Markt- und Salzergasse aufgelassen, das entsprechende Stück Baugrund in die Verbauung einbezogen und nur ein Durchgang für Fußgänger zu schaffen ist.

G.R. Erbas (Chr.soz.) hält die vorgeschlagene Lösung für höchst ungünstig, denn die Fechtergasse sei als Parallelstrasse zur Alserbachstrasse ein wichtiger Verkehrsweg den man nicht auf diese Weise beseitigen dürfe. Annehmbarer wäre eine Ueberbauung der Strasse, wie dies beim Fuchsenfeldhof erfolgt ist. Redner stellt einen Antrag auf Rückverweisung des Antrages zur nochmaligen Beratung mit Ausarbeitung eines neuen Projektes.

Der Antrag auf Rückverweisung wird abgelehnt und nach dem Schlusswort des Referenten, der erklärt, dass nach den gepflogenen fachlichen Erhebungen die Fechtergasse keinen besonderen Verkehrswert besitze und eine Unterfahrung technisch nicht möglich sei, der Antrag angenommen.

St. R. Speiser berichtet über die Anträge über eine allgemeine Stufenvorrückung der städtischen Angestellten einschliesslich der Lehrpersonen und der Pensionsparteien. Das Erfordernis für dieses Jahr ist mit zwanzig Milliarden veranschlagt, im kommenden Verwaltungsjahr wird eine doppelt so hohe Summe erforderlich sein.

G.R. Schlösinger (Chr.soz.) ist mit der Gehaltsregulierung der Lehrerschaft nicht einverstanden, weil die unteren Stufen nach ihrer Auffassung gänzlich unberücksichtigt wurden und die Regulierung nur den oberen Gruppen zugute kommen. Bei den Verhandlungen war nur der Verband der städtischen Angestellten zu Rate gezogen worden, alle übrigen Organisationen konnten nicht zu Worte kommen. Die Lehrerschaft betrachte aber den Verband nicht mehr als ihre Vertretung. In diesem Jahre wurden ungefähr 250 Lehrpersonen für besondere Leistungen mit Geldprämien von ungefähr drei Millionen beteiligt. Nach welchen Grundsätzen diese Prämierung erfolgte, sei nicht gesagt worden und es sei nach den Erfahrungen der Auszeichnungen des Abschlusses der Schulreform anzunehmen, dass weniger die Berufstüchtigkeit als die Parteitüchtigkeit den Ausschlag gegeben habe. Es würde der Geistesrichtung der Lehrerschaft vielmehr entsprechen, höhere Leistungen nicht durch Geldgeschenke, sondern durch Belobungsdekrete auszuzeichnen. Bei der Verabfolgung von Geldprämien bestehe auch die Gefahr einer Züchtung des Strebertums und es werde auf diese Weise leicht Unzufriedenheit in der Lehrerschaft geschaffen. Der Lehrerstand soll durch eine Gehaltsregulierung gehoben werden, die alle Klassen umschließt.

St. R. Speiser entgegnet in seinem Schlusswort, er müsse feststellen, dass die älteren Lehrpersonen im Bezug auf Valorisierung ihrer Bezüge hinter den jüngeren Lehrkräften weit zurückgeblieben sind. Die Vorlage bezwecke eben hier einen gewissen Ausgleich herzustellen. Bezüglich der Kritik über die Verabfolgung von Remunerationen sei zu bemerken, dass früher ein System der ausserordentlichen Vorrückungen und Remunerationen weniger notwendig gewesen sei, weil ja das Avancement nicht so automatisiert war wie heute. Heute ist ein gesichertes Vorrücken gegeben und es muss infolgedessen ein Ausgleich geschaffen werden, dass hervorragende Leistungen durch besondere Zuwendungen anerkannt werden. Gewiss dürfe man eine gewisse Gefahr nicht übersehen, dass aus dieser Neuordnung ein Strebertum entstehen könnte. Um ihr zu begegnen muss eine besonders sorgsame Auswahl getroffen werden. Und ein Betrachten der Liste der Ausgezeichneten zeigt, dass sie jeder Einwendung standhalte. Die Auszeichnungen erfolgen nach rein sachlichen Grundsätzen, Geldzuwendungen nicht zu geben sei unmöglich, denn die Lehrer selbst haben gesagt, dass die Gleichstellung der Beamten und Lehrer nicht durchbrochen werden dürfe, dadurch, dass die Geldzuwendungen nur einseitig erfolgen. Es wäre sonderbar wenn die Beamten Remunerationen erhielten, die Lehrer aber nicht.

Der Antrag wird sodann angenommen.

G.R. Rzehak berichtet über den Neubau eines Hauptkanals in der Engerthstrasse von der Traisengasse bis zur Donauerschlingenstrasse im XX. Bezirk und beantragt das Kostenerfordernis von 40.000 Schillingen zu genehmigen.

Der Antrag wird angenommen.

St. R. Weber beantragt einen Zuschusskredit für die Kosten der Arbeitslosenversicherung. Die Gemeinde ist nach dem Gesetz verpflichtet, vier Prozent zu den Kosten der Arbeitslosenunterstützung zu leisten. Infolge der grossen Arbeitslosigkeit ist der im Voranschlag festgesetzte Betrag bereits verausgabt.

G. R. Stein (Soz. dem.) erklärt, dass die Gemeinde an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im hohen Grade mitwirkt. Die Arbeitslosenversicherung ist aber eine Bundesangelegenheit und da muss festgesetzt werden, dass die Behandlung dieser wichtigen Frage durch die Regierung nicht so ist, wie dies gewünscht werden müsse. Vor dem Krieg war die Arbeitslosigkeit ein Problem der arbeitenden Klassen, heute ist sie aber zu einem Problem des Staates selbst geworden. In einer Zeit, in der in Europa mehr als zehn Millionen Arbeitslose gezählt werden, könne wohl von einer Volkswirtschaftlich ungeheuer wichtigen Frage geredet werden. Die Behandlung dieses Problems durch den Bund muss die Arbeitslosen geradezu herausfordern. Es ist unmenschlich, wenn die Verlängerung des Gesetzes oder die Gewährung der ausserordentlichen Zuwendungen immer erst unter dem Druck der sozialdemokratischen Abgeordneten im Nationalrat möglich ist. Gegen diese Art der Behandlung dieses wichtigen Problems müssen auch wir im Wiener Gemeinderat den schärfsten Protest erheben. (Beifall).

St. R. Weber erklärt, dass die Gemeinde nicht nur den gesetzlichen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung leiste, sondern sich durch ihre grosse Investitionstätigkeit seit mehr als drei Jahren viel zur Linderung der Arbeitslosigkeit beitrage. Den Ausführungen des Vorredners müsse er zustimmen.

Der Antrag wird angenommen.

St. R. Weber beantragt die Gewährung von Krediten an die „Gesiba“ als „Einbauhilfe der Gemeinde Wien. Insgesamt sollen 650.000 Schilling gegeben werden. Die Gemeinde widmet 190 Parzellen zu zweihundert Quadratmeter für Einfamilienhäuser im Baurecht. Als Kredit können höchstens 20.000 Schilling für einen Bauwerber gegeben werden, wobei jeder Kreditwerber ein Viertel der Baukosten vor dem Beziehen des Hauses zu leisten hat. In 15 Jahren müssen die Kredite zurückgezahlt werden. Die Gemeinde hofft, dass dieser neue Weg ebenfalls eine Linderung der Wohnungsnot bringen wird.

St. R. Kunschak sagt, dass der Antrag von seiner Partei sympathisch begrüsst werde, trotzdem man gegen die Gesiba manches einzuwenden habe. In Deutschland geben einige Städte schon längst an Bauwerber, wenn sie die notwendige Garantie bieten, billige Bankkredite. Wenn Sie nun einen solchen Schritt auf diesem Wege tun, so findet er unsere volle Unterstützung und wir begreifen nur nicht, dass die Gemeinde sich dabei einer dritten Stelle bedient und sich nicht entschliessen kann, individuell solche Kredite zu geben. Ich meine, dass das der Weg wäre, der wohl sicherer zum Ziele führen wird. Aus dem Vertrag mit der Gesiba zeigt sich, dass man den Leuten, die solche Kredite nehmen wollen, auch gleich einen Advokaten mitgeben muss, da sie sonst Gefahr laufen in eine Situation zu kommen, aus der sie nicht einmal mit einem blauen Auge, sondern überhaupt ohne Augen herauskommen dürften. Das führt dazu, dass sich die Leute zu dem an und für sich vernünftigen Akt nicht entschliessen werden können. Im Vertrag ist auch vom Pfandrechten und Konventionalstrafen die Rede. Hier müsste wohl eine Form über die zulässige Höhe gefunden werden. Unser Misstrauen ist sehr berechtigt, nachdem was wir auf dem Gebiet

des Siedlungswesens erlebt haben. Darnach ist es eine Pflicht misstrauisch zu sein. Ich würde daher sehr wünschen, dass dieses Referat zurückgestellt und noch einmal geprüft wird.

Abläss zu diesem Misstrauen geben auch die Vorgänge der letzten Wochen auf dem Bruckhaufer, in Bretteldorf, am Wolfersberg, am Schafberg und und so weiter. Es ist gewiss begrüssenswert, wenn die Gemeinde grosse Beträge, ja ganz bedeutende Summen für eine halbamtliche Bautätigkeit zur Verfügung stellt. Das könnte dazu führen, dass auch privater Unternehmungsgeist mobilisiert wird. Aber mit dem steht im Widerspruch, das Sie als Feldzugsplan gegen die Siedler unternommen haben. Die Siedlung am Wolfersberg hat den Rechtsgang einer bürokratischen Behandlung lückenlos durchgemacht. Am 23. Juli 1921 wurde durch einen Gemeinderatsbeschluss das ganze Gebiet als Siedlungsgebiet erklärt. Am 29. September 1923 hat der Gemeinderat die Baulinien bestimmt und am 21. Oktober 1923 hat der Unterausschuss die Strassennamen festgesetzt. Am 24. Juni 1922 hat die Magistratsabteilung 16 erklärt, dass gar kein Einwand gegen die Erteilung eines sechzigjährigen Baurechtes besteht und es hat dann die Gemeinde das Baurecht gegeben. Es war also alles vollständig geklärt. Die Gesiba hat dort auch für 26 Kernhäuser Kredite gegeben und auf einmal findet die Gemeinde, dass Schluss sein muss, mit der Siedlung Wolfersberg. Da hat zunächst eine Kommission gefunden, dass der Wolfersberg Rutschterrain ist. Das hätte schon früher bemerkt werden müssen, ist aber unrichtig. Jetzt ist übrigens der Wolfersberg wieder kein Rutschterrain und für die villenartige Verbauung geeignet. Es ist sehr merkwürdig, dass man in solcher Weise mit einer Siedlung umspringt. Wenn man die Leute jetzt mit zehn Jahren Vertrag abspesen will, so steht das in gar keinem Einklang mit einem sechzigjährigen Baurecht. Was Sie da für Gründe haben ist ganz unerfindlich. Damit bringt man nur eine Gehässigkeit gegenüber den Siedlern zum Ausdruck.

Nun sind die Dinge auch im Bretteldorf und am Bruckhaufer aufgefliegen. Ich habe mir die Mühe genommen und bin selbst hinuntergegangen, um mir die Dinge anzusehen. Ich begreife, dass die Gemeinde in Baufragen streng sein muss. Ich muss aber sagen, dass mein Eindruck weit über meine Vorstellungen hinaus gegangen ist. Es hat geheissen, dass die Leute dort wild gebaut und hinter dem Rücken der Behörden vorgegangen sind. Es ist aber gar nicht wahr, dass dort alles wild gebaut wurde. Ich habe mir nur zwei Baupläne geben lassen, die vom Wiener Magistrat genehmigt wurden. Diese Baupläne entsprechen allen Anforderungen. In dem einen Fall wurde die Baubewilligung erteilt, aber die Benützung verweigert. Dem Mann wurde erklärt, wenn er trotzdem einzieht, werde er bestraft. Für den Mann gibt es aber einfach gar nichts anderes, als ohne Benützungskonsens einzuziehen. In einem anderen Fall hat sich ein Mann dort ein Häuschen gebaut, der im II. Bezirk eine Wohnung hatte. Man hat ihm aus diesem Grund seine Wohnung angefordert, sein Einspruch wurde abgewiesen und nun darf er sein Häuschen im Bretteldorf nicht beziehen. Das sind Dinge die nur den Eindruck erwecken, als ob hier nach Laune und nicht nach Recht antwortet wird. Es wurde auch gedagt, dass dort keine Strassen sind. Auch das ist unrichtig. Die Siedler haben sich selber Strassen gebaut und diese Strassenzüge sind alle zehn bis zwölf Meter breit. Es sind einzelne Strassen nach in sehr fraglichem Zustand, weil die Siedler nicht das Material haben und Anschüttungen bis zu drei Meter notwendig sind. Die Leute haben nicht wild und gedankenlos gebaut,

sondern eine Einsicht bekundet, die man nur bewundern kann. Sie sagen auch kein Wasser ist dort. Nun wurde selbst zugegeben, dass es dort siebzehn Auslaufbrunnen gibt. Gewiss ist das nicht ausreichend, aber die Siedler sind gerne bereit, für den Ausbau der Wasserleitung einen Kostenbeitrag zu leisten, oder die Kosten zu übernehmen. Die Siedler haben sich auch selber die elektrische Wohnungsbeleuchtung einvernehmlich mit dem städtischen Elektrizitätswerk besorgt. Richtig ist, dass dort keine ordentliche Strassenbeleuchtung ist. Bezeichnend ist aber, dass zwischen Bruckhausen und Bretteldorf für die dort befindliche städtische Kehrichtablagerung die elektrische Lichtleitung an die Leitung der Bretteldorfer angeschlossen ist.

Man kommt nun mit der Seuchengefahr. Die Gemeinde hat auch einmal dort, weil Malaria aufgetreten ist, mit grossen Kosten diese Seuche bekämpft. Aber das Bild hat sich heute wesentlich geändert. Die Tümpel sind zu achtzig Prozent durch die Arbeiter Siedler verschüttet. Die Seuchengefahr besteht also aus diesem Titel nicht mehr.

Madner erklärt, wenn man in diesem Gebiet wirklich einmal nach zehn bis zwanzig Jahren einen Winterhafen anlegen will, so hat es doch gar keinen Sinn, die Siedler schon jetzt zu drangsaliieren. Kommt es einmal dazu, dann kann man den Leuten sagen, wir werden euch Wohnungen geben, eine Ablöse zahlen, die bei einem Riesenunternehmen wie der Bau eines Winterhafens keine Rolle spielen wird, und dann werden die Siedler es auch einsehen und gewiss zu Opfern bereit sein. Die Siedler sind weit davon entfernt, wie ich mich selbst überzeugt habe, mit der Gemeinde einen Krieg zu führen. Ich bin gebeten worden, im Bretteldorf beruhigend zu wirken und ich habe es auch getan. Man hat leider Inkonsequenz auf Inkonsequenz bis zum Ausmass der Lächerlichkeit gehäuft, um im letzten Moment doch nachzugeben. Aber es sind noch eine Reihe wichtiger Fragen unerledigt geblieben. Wenn die Siedler fertig bauen dürfen, was geschieht mit denen, denen man den Konsens verweigert? Was geschieht mit den Leuten, denen die Kommission sagte, dass ihre Häuser baufällig sind? Darüber müssen Sie sich noch äussern. Was geschieht mit den Leuten, denen gesagt wurde, dass sie ihre Viehzucht aufgeben müssen und nicht Kühe und Schweine halten dürfen sondern nur Kleinvieh, höchstens Ziegen. Ich habe unten Schweinezucht gesehen, die manchen Agrarier mit Neid erfüllen muss. Gemüsearten von einer Reinheit der Qualität und Grösse, wie man sie sonst nirgends sieht, man könnte landwirtschaftliche Ausstellungen veranstalten. Wenn man das alles sieht, hat man nicht das Empfinden, diesen Leuten hinderlich in den Weg zu treten, sondern das Gefühl der Beschämung, Mitglied des Gemeinderates zu sein, der sich an diese Siedlung nicht erinnert, und den schaffenden Leuten nicht helfend unter die Arme greift.

Die Mehrheit hat eine Lösung gesucht, die keine ist, weil sie in dieser Frage den Grundsätzen von ihr als unantastbar und heilig bezeichneten Grundsätzen untreu geworden ist. Wie oft ist von uns gefordert worden, bei den Verhandlungen mit der Gemeinde auch die Vertreter der Minderheit zu Rate zu ziehen. Immer hat Herr Stadtrat Spaiser geantwortet, er kenne keine Minorität, wenn einmal Christlichsoziale in der Majoritätsvertretung sein werden, werde er mit ihnen verhandeln. Für ihn sei es massgebend, was die Vertreter der Organisationen sagen. Und jetzt haben die Siedler eine Organisation aber die Gemeinde verhandelt mit ihr nicht, sondern sie ruft sich ein paar Leute von irgendwo her, die

von den Siedlern, wie der türkische Verlauf der letzten Siedlerversammlung beweist, als Vertreter nicht anerkannt werden. Wir sollten der Frage auch jetzt, da sie in ein so bösartiges Stadium getreten ist, mit Wohlwollen und voller Gerechtigkeit gegenüberstehen. Wenn sie ernstlich einen Weg suchen, der aus dieser Verwirrung wieder hinausführt, werden sie ihn auch finden und Sie werden Tausenden braven fleissigen Leuten die geraubte Tag- und Nachtruhe wiedergeben. (Beifall bei der Minorität.)

St.R. Tandler betont, dass es sich um eine geographische Ungenauigkeit handelt, wenn man Bretteldorf und Bruckhausen in einem anführt. Das Bretteldorf unterscheidet sich vollkommen vom Bruckhausen. Was Gemeinderat Kunschak sagte, bezieht sich nur auf das Bretteldorf, nicht aber auf den Bruckhausen. Der Bruckhausen besteht nicht aus Schotter und auch kein Land wurde dort hingeführt, sondern einfach Mist! Der Bruckhausen beschäftigt das Stadtphysikat seit vielen Jahren als ein Seuchenherd. Es wurde hier schon bei meinem Amtsantritt gesagt, dass der Bruckhausen ohne Zweifel eine Gefährdungzone ist. Die Leute leben zwar dort ohne Typhuserkrankungen oder erkranken nur zeitweise, sie trinken aber ein Wasser, das für jeden menschlichen Genuss überhaupt nicht zugänglich sein sollte. Gerade das Stadtphysikat erklärte damals, dass dort unten irgendetwas geschehen muss, denn die Menschen verwenden ein Wasser, das dem Genuss abträglich ist. Ich habe dieses Wasser selbst gesehen, getrunken habe ich es aber nicht und ich weiss auch nicht, ob der Herr Stadtrat Kunschak es gekostet hat. Dieses Wasser hat die Farbe von Bernstein und hat einen unangenehmen Geruch! Es ist einfach unbrauchbar und es ist erstaunlich, dass viele Menschen durch eine Reihe von Jahren es getrunken haben ohne schwer zu erkranken. Das Gutachten des Stadtphysikates kann also nicht als oberflächlich bezeichnet werden. Wasser kann in einer bestimmten Gegend jahrelang typhusfrei sein, kommen aber Pazillen hinein, dann kommt die ungeheure Gefahr. Wir haben nicht nur in Deutschland, sondern auch in unserer nächsten Nachbarschaft Typhuserde. In Niederösterreich kommen in einer Reihe von Gegenden Typhusfälle vor. Dort kann man den Herd feststellen und ihn in kurzer Zeit unschädlich machen. Etwas ganz anderes ist es aber wenn ein solches Terrain vorliegt, wie es der Bruckhausen ist. Der gesamte Untergrund ist Wasserdurchlässig, er wirkt sozusagen wie ein Schwamm. Auf diesem Gebiete wird seit Jahren der Mist abgelagert, ich brauche nicht zu sagen, dass er vorher nicht sterilisiert wird! Er enthält auch so und so viele Tierkadaver. Die ungeheure Gefahr liegt also im Boden. Die Menschen trinken auch ein Wasser, das nicht bekömmlich ist. Wenn nun dort einige wenige Auslaufbrunnen sind, so geht sicher so eine Frau nicht die hundert Meter bis zur Wasserleitung, sondern benützt weiter ihren Brunnen den sie etwa im Hofe hat. Sie müssen sich nur daran erinnern, wie in diesem Hause namhafte Autoritäten sich dagegen ausgesprochen haben, neben einer Trinkwasserleitung auch eine Nutzwasserleitung zu haben. Die Leute hätten aus Bequemlichkeitsgründen das nähere Nutzwasser getrunken und wären krank geworden. Soll diese Siedlung bestehen bleiben, so muss sie ein einwandfreies Wasser haben. Eine genügende Zuleitung ist aber mit unendlichen Kosten verbunden. (Unruhe bei der Minorität.)

So einfach ist auch schliesslich nicht die Bekämpfung einer Epidemie. Die Bevölkerung hat keine Ahnung, was für eine ungeheure Arbeit es kostet, eine Epidemie systematisch zu bekämpfen. Ich erinnere an den Fall in Boskowitz in Mähren. Dort erkrankten im Sommer 70 Menschen an Typhus. Gleichzeitig befanden sich unter ihnen Sommerfrischler aus Wien. Diese flüchteten hierher. Die Tsche-

choslovakische Regierung hat in richtiger Erkenntnis dies sofort hieher berichtet und die Namen der Abgereisten bekanntgegeben. Dies waren mehr als 55 Menschen, die wir nunmehr jeden Tag gewissenhaft perlustrieren. So liegen die Verhältnisse, wenn man gleich an Ort und Stelle der Krankheit Herr wird.

Man hat in Zeitungen berichtet, dass die Gemeinde Wien dort unten Kostkinder hat. Man nannte die Zahl von etwa zweihundert. Demgegenüber kann ich feststellen, dass ich mich bei den Beamten der Kinderübernahmestelle erkundigt habe und erfuhr, dass auf dem Bruckhaufen nur ein einziges Kind in Kost ist. Wie die Verhältnisse in Bretteldorf stehen, ist nicht so leicht festzustellen. Ich rede ja hier immer nur vom Bruckhaufen. Nun gibt es aber in Bretteldorf keine Strassen, man kann also keine Erhebungen pflegen. Wenn dann wieder behauptet wird, dass in diesem Gebiet gutaussehende Kinder vorhanden sind, so erkläre ich demgegenüber, dass auch in Gieshübel prächtig aussehende Kinder zu finden sind. Unser einziges Kind ist aus rein fürsorglichen Gründen bei seiner Pflegemutter verblieben.

Das Auftreten von Typhusfällen ist eine immanente Gefahr für Wien. Wir haben bisher Glück gehabt, wir wissen aber nicht, ob wir dieses Glück weiter haben werden. Nun können wir aber dieses Gebiet, wenn es einmal gefährlich werden sollte, nicht vom Verkehre abziehen. Es liegt mitten in Wien. Es ist auch nicht dünn besiedelt. Je mehr Leute dort hin ziehen, um so grösser wird die Gefahr. Wie als Aerzte müssen dagegen auftreten, dass diese Siedlung vergrössert wird und in dieser Dichte weiter besteht. Und noch eines: Wien liegt inmitten eines Landes, wo an verschiedenen Stellen Typhusherde zu finden sind. Alle diese Gegenden aber sind in einem Wechselverkehre mit der Stadt Wien und hier liegt die Gefahr.

Man sage also nicht, dass das Gutachten des Stadtphysikates oberflächlich sei. Es beruht auf genauen Erwägungen und auf jahrelanger Erfahrung.

Wenn wir gegen Bruckhaufen und Bretteldorf Stellung nehmen, so müssen wir es vom sanitären Standpunkte aus (lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

G.R. Körber (Chr. soz.) bemängelt das Vorgehen der Gemeinde gegenüber dem Pächtern. Dagegen ist das Stift Klosterneuburg sehr freizügig. Das Wasser müsste genau untersucht werden. Was unbedingt verlangt werden muss, ist aber, dass dort nicht mehr der Wiener Kehricht abgeladen wird, weil dies die grösste Seuchengefahr bedeutet. Die Gemeinde Wien müsste die Mistablagungsstätte ausserhalb des Stadtgebietes verlegen, was bei den technischen Möglichkeiten heute ohneweiters geht.

St. R. Kunschak: Wenn es richtig ist, dass die Verhältnisse auf dem Bruckhaufen andere sind, als im Bretteldorf, dann nimmt es uns sehr Wunder, dass beide von der Gemeinde gleich behandelt werden. Was die Wasserversorgung anlangt, so sind die Brunnen dort zehn bis dreizehn einhalb Meter tief und befinden sich sieben Meter unter dem Niveau des aufgeschütteten Grundes. Es ist also dafür gesorgt, dass das Wasser nicht aus der Ober-schichte, sondern aus dem Schottergrund kommt. Die Wasserversorgung ist aber eine Aufgabe der Gemeinde und man könnte auch Wasser zuführen. Richtig ist, dass dort magistratische Kostkinder in grosser Zahl sind, was jederzeit nachgewiesen werden kann. Es ist eine Inkonsequenz des städtischen Gesundheitsamtes, wenn es dieses Gebiet als Seuchengefährdet erklärt und magistratische Kostkinder dorthin gibt.

St. R. Weber: Da doch der Gemeinde niemand zumuten wird, dass sie gegen die Bewerber von Krediten für Einfamilienhäuser derart vorgehen wird, wie dies hier von der Gegenseite fälschlich dargestellt wurde, kann dem Rückverweisantrag nicht zugestimmt werden. Wir haben in Wien 61 Siedlungsgebiete und es ist ohneweiters möglich, dass einmal irgendetwas vorkommen kann. Auf dem Wolfersberg wurde von der Gemeinde niemals ein Baurecht zugesichert. Erst im Zuge der Verhandlungen wird dem Gemeinderat ein solcher Vorschlag unterbreitet werden. Was hier vom Kollegen Kunschak über Bretteldorf und Bruckhaufen gesagt wurde, kommt um zehn Jahre zu spät. Dort haben sich bereits im Jahre 1905 Menschen angesiedelt. Schon damals musste die christlichsoziale Stadtverwaltung feststellen, dass die Bauten sanitär unzulänglich und nicht zu dulden sind. Im Jahre 1909 hat das Stift Klosterneuburg den Magistrat aufgefordert, mit Androhung aller behördlichen Machtmittel diese Siedlung zu verbieten. Es ist aber nichts geschehen. Am 22. November 1909 hat eine Kommission der Gemeinde den Beschluss gefasst, dass allen dort ansässigen Menschen der Auftrag zur Abtragung ihrer Häuser zu erteilen ist und es wurde eine Frist bis 1. April 1910 bestimmt. In dem Protokoll heisst es, dass gegen alle Eigentümer wegen Uebertretung der Bauordnung die Straf-antshandlung einzuleiten sei. Gleichzeitig wurde der Antrag gestellt, dass die Gemeinde mit dem Stift Klosterneuburg wegen Pachtung der Gründe für die städtische Reservegärtnerei Fühlung nehmen soll. Wieder ist nichts geschehen. Wiederholt wurde dann, immer natürlich vor dem Kriege, wo es noch keine Wohnungsnot gab, offiziell festgestellt, dass dort geradezu haarsträubende Zustände bestehen. Kommissionen haben festgestellt, dass in einer solchen Hütte zehn bis zwölf Personen wohnen. Im November 1910 hat das Stadtphysikat festgestellt, dass dort drei Typhusfälle sind. Damals bestanden bereits vierzig erdgeschossige Häuschen ohne behördliche Genehmigung und natürlich auch ohne Kanalisierung und Trinkwasserversorgung. Auch damals wurde wieder der Antrag gestellt, dieses Gebiet zu räumen. Wiederholt wurde vom Gesundheitsamt auf die zahlreichen Typhusfälle und die drohende Cholera-gefahr hingewiesen und die schleunigste Räumung gefordert. Aber nichts ist geschehen. Damals wäre es noch leicht gewesen, diese Leute

unterzubringen. Es ist dies nicht geschehen und die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung hat im Jahre 1919 nicht nur am Bruckhaufen, sondern überall schauerhafte Zustände angetroffen. Wenn Herr Kollege Kunschak heute von den schmucken Anlagen dort gesprochen hat, so weiss ich, dass diese Meinung nicht von allen seinen Parteigenossen geteilt wird. Uebrigens hat die Reichspost selbst am 23. September 1923 festgestellt, dass am Bruckhaufen die Menschen in kümmerlichen Löchern, kaum menschenwürdig hausen. Heute aber stellen sie diese Anlage als fast mustergiltig hin.

Die neue Gemeindeverwaltung hat sich dann nach Kräften bemüht in dieses Chaos Ordnung hineinzubringen. Sie hat einen Steg gebaut, sie hat Wasser zugeleitet, eine Feuerwache mit Gerätschaften errichtet, die auch bei Hochwassergefahr verwendet werden können, aber immer wieder wurde trotz aller dieser Vorkehrungen den Leuten dort gesagt, dass dieser Grund zum Bauen gänzlich ungeeignet ist und bestenfalls nur für Kleingartenzwecke benutzt werden kann. Alle diese dringlichen Vorstellungen waren leider vergeblich, es wurde weiter gebaut bis endlich am 16. Mai 1925 eine grosse Kommission den Bruckhaufen besichtigt und die von Stadtrat Tandler erwähnten Feststellungen gemacht hat. Es haben aber auch unsere Techniker zu dem Problem ernstlich Stellung genommen. Nach ihren Gutachten ergeben sich fast unüberwindliche technische Schwierigkeiten und finanzielle kaum zu lösende Aufgaben. Es müssten die Strassen, da es sich um schwammigen Grund handelt, betoniert werden, die Wasserleitung würde allein 22 Milliarden kosten, so dass auf jedes Häuschen rund vierzig Millionen entfielen. Man kam daher zu dem Ausweg, die Zahl der elf Auslaufbrunnen zu vermehren, soweit die gegenwärtige Leitung es zulässt. Weiter hat man den Bestand von sämtlichen Häusern aufzunehmen beschlossen. Als diese Kommission mit ihren Arbeiten begann, da setzte eine geradezu unerhörte politische Hetze ein, eine bewusst verlogene, die Tatsachen verfrähdende oder bewusst verschweigende Hetze, wie sie noch nie auf einem Gebiet der Politik dagewesen ist. Man kann über die Politik der Ratsmehrheit welcher Meinung immer sein, aber das eine steht doch fest, Verantwortungsgefühl muss jeder Mensch haben, der in dieser Stadt wohnt und vor allem die gewählten Funktionäre. Aber gerade Sie haben in beispielloser Weise ^{sich} / in der politischen Verhetzung betätigt, sie haben die dortigen Leute zum bewaffneten Widerstand aufgestachelt, ja sogar behauptet, dass man infizierte Räten einschmuggeln werde, (Rufe bei der Mehrheit: Der Leichenschänder!) um darauf hinzuweisen, dass die ^{sanitären} Bedenken bestehen. So ist es zu begreifen, dass die Leute dort erregt sind. Hat doch sogar Gemeinderat Körber den Leuten erzählt, dass die ganze Siedlung rasiert werde, obwohl seit Jahren ein Lageplan besteht und die Parzellierung bereits beschlossen worden sei. (G.R. ^{Körber:} Das habe ich nicht gesagt!). Das ist aber in den Berichten über ihre Versammlungen enthalten. Schliesslich muss aber doch einmal das wilde Bauen aufhören. Wir haben nicht nur für jetzt die Verantwortung, sondern auch für die kommende Generation und für die Entwicklung des künftigen Stadtbildes. Versäumnisse von jetzt würden sich später schwer und bitter rächen. (Lebhafter Beifall!)

St.R. Kunschak berichtet tatsächlich, dass die seinerzeit schlechten sanitären Zustände am Bruckhaufen durch den Fleiss der Siedler gebessert wurden. Dort sind jetzt nicht mehr dürftige Hütten, sondern Häuschen aus sehr solidem Material. Von einer politischen Verhetzung könne nicht die Rede sein.

G.R. Körber berichtet tatsächlich, dass er niemals gesagt habe, dass diese Gründe parzelliert worden sind.

St.R. Weber erklärt unter grossem Lärm, dass diese Gegend niemals parzelliert worden ist, worauf die Vorlage angenommen wird.

Um 11 Uhr nachts schliesst Bürgermeister Seitz die Sitzung.

.....